

**Niederschrift  
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 23.07.2013**

<b>Sitzung Nr. 7 Ö</b>	<b>am Dienstag, 23. Juli 2013</b>
------------------------	-----------------------------------

Die Sitzung ist öffentlich.

Sitzungsort: Ratssaal, Rathaus

Anwesend waren:

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Alexander Eger

Gemeinderäte: Geider Adolf Köck Siegfried

Götzmann Walter Pfeleiderer Susanne

Haffner Gerhard Rehorst Tobias

Hanke Dr. Paul Rössler Beate

Hecker Roland Runde Anneliese

Heger Roman Schell Achim

Heger Rudi

Heim Andrea Speckert Ferdinand

Herling Michael Stegmüller Reino

Ittensohn Karl Vetter Theo

Klemenz Birgit Weinlein Albert

Protokollführer: Helmut Braun

Gäste: Peter Dietz (bis 21.35 Uhr), Werner Kleiber (bis 21:35 Uhr)  
Harry Zorn, Helmut Paul (Harres GmbH), Simone Heger (KWG,  
ab 19:20 bis 21:45 Uhr), Steuerberater Herr Seppelfricke (SFP Seppelfricke & Freymüller, TOP 16)

Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr

Sitzungsende: 22:10 Uhr

Die Sitzung wird vom Vorsitzenden mit der Feststellung eröffnet, dass die Damen und Herren Gemeinderäte mit Schreiben vom 12.07.2013 ordnungsgemäß geladen wurden. Von den 22 geladenen Mitgliedern des Gemeinderates sind 21 erschienen. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

**Bürgermeister Dr. Eger** weist darauf hin, dass für die Sitzung am 25.07.2013 den Unterlagen die falsche Stellenausschreibung beigefügt wurde; die richtige wurde heute an den Gemeinderat ausgeteilt.

Es fehlen entschuldigt: Gemeinderat Benjamin Speckert (beruflicher Termin)

Es fehlen unentschuldigt: keine

Bürgermeister Dr. Eger spricht einen Glückwunsch an Gemeinderat Benjamin Speckert aus, der Vater geworden ist.

Es ergehen nachträgliche Glückwünsche zu den Geburtstagen von Gemeinderat Walter Götzmann und Gemeinderat Adolf Geider.

<b>Sitzung am: Dienstag, 23. Juli 2013 Nr. 7 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 1</b>
<b>Bekanntgabe der am 25. Juni 2013 und 16. Juli 2013 nicht-öffentlich gefassten Beschlüsse</b>	
<b>Offenlage des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 25. Juni 2013</b>	

**Ausführungen und Beschluss:**

**Bürgermeister Dr. Eger** gibt die in der Sitzung am 16. Juli 2013 nicht-öffentlich gefassten Beschlüsse bekannt:

- Information des Gemeinderates zum Prüfbericht über die allgemeine Finanzprüfung der Jahre 2007-2011 der Gemeinde und der Eigenbetriebe durch die Gemeindeprüfungsanstalt
- Beschluss über Richtlinien für die Geldanlagen der Gemeinde
- Gewährung eines Trägerdarlehens an den Eigenbetrieb Wasserversorgung
- Kaufangebot für die Grundstücke Hauptstraße 70, 72 und 74
- Verpachtung bzw. spätere Veräußerung der ehemaligen Hundezuchtanlage Lang

<b>Sitzung am: Dienstag, 23. Juli 2013 Nr. 7 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 2</b>
<b>Bestellung von Urkundspersonen</b>	

**Ausführungen und Beschluss:**

Turnusgemäß werden die Herren Gemeinderäte Ferdinand Speckert und Theo Vetter als Urkundspersonen vorgeschlagen.

**Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.**

<b>Sitzung am: Dienstag, 23. Juli 2013 Nr. 7 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 3</b>
<b>Wünsche und Anfragen aus der Bevölkerung</b>	
<b>- 022.3 -</b>	

**Ausführungen und Beschluss:**

**Herr Johannes Schmidt**, Siemensstraße 5, der auch für Herrn Heger, Einsteinstraße spricht, bezieht sich auf die bei der Vorstellung der Verkehrszählung und Verkehrsbefragung von Gemeinderat Ferdinand Speckert erwähnte Formulierung „Ortsumfahrung“ und fragt, was damit gemeint ist.

Er fragt weiter, ob sie beide als Gäste am „Runden Tisch“ teilnehmen können oder ob der Kreis um sie beide erweitert werden kann.

Auf Wunsch von Bürgermeister Dr. Eger erklärt **Gemeinderat Ferdinand Speckert**, dass er ein von Dr. Gericke in seinem Gutachten verwendeten Begriff zitiert habe.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, mit der Erweiterung des Arbeitskreises tue man sich schwer, weil darin bereits alle Interessensvertretungen eingeschlossen sind und der Kreis nicht zu groß werden sollte, um handlungsfähig zu bleiben. Außerdem habe der Gemeinderat den Arbeitskreis eingerichtet, weshalb er auch über den vorgetragenen Wunsch entscheiden sollte.

**Herr Schmidt** fragt wegen des Betreffs „Ortsumfahrung“ nochmals nach.

**Bürgermeister Dr. Eger** erklärt, dass er im Gemeinderatsprotokoll nachschauen werde, um festzustellen, in welchem Zusammenhang der Begriff verwendet wurde. Danach werde er Herrn Schmidt informieren.

**Herr Schmidt** fragt, ob man eine Kopie der Ausarbeitung erhalten oder Einsicht bekommen könne.

**Bürgermeister Dr. Eger** sagt zu, dass Einsicht auf jeden Fall möglich ist und benennt als Ansprechpartner Bauamtsleiter Werner Kleiber.

**Herr Klaus Distler**, Friedrichstraße 37, informiert von nicht mehr gepflegten Gräbern auf dem Friedhof Rot, wegen der er schon die Pflege durch die Gemeinde angeregt habe. Die durchgeführte Pflege bezeichnet er als nicht ausreichend, weshalb Mutterboden eingebracht und Rasen gesät werden solle, da die Gemeinde sowieso mehr Arbeiten auf dem Friedhof vornehme.

Er erinnert an die bereits erfolgte Information, wonach die Busse des ÖPNV unnötigerweise die Friedrichstraße nutzen und dabei schon die Rinnenplatten zusammengefahren haben.

Außerdem informiert Herr Distler über die unbefriedigende Parksituation in der Friedrichstraße, wo durch einen Anlieger an der Reilinger Straße einige Parkplätze belegt werden. Hier sollte einmal danach geschaut werden.

**Bürgermeister Dr. Eger** geht auf das Letztere ein und erklärt, dass man mit dem Gemeindevollzugsdienst danach schauen werde. Allerdings sei es nicht möglich, etwas zu ändern, wenn ordnungsgemäß geparkt werde.

Zur Anregung mit den Bussen erklärt Bürgermeister Dr. Eger, dass im nichtöffentlichen Teil Vertreter der zuständigen Behörde des Landratsamtes anwesend sein werden, die man darauf hinweisen werde.

Auf die ungepflegten Gräber eingehend antwortet Bürgermeister Dr. Eger, dass man sich das vor Ort anschauen werde. Falls der Zustand so sei, wie beschrieben, werde man handeln. Allerdings seien für die Pflege der Gräber grundsätzlich die Grabberechtigten zuständig.

Bevor **Bürgermeister Dr. Eger** den nächsten Tagesordnungspunkt aufruft, gibt er folgende persönliche Erklärung ab, die im Wortlaut in die Niederschrift aufgenommen wird:

„Liebe Mitglieder des Gemeinderates, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger. Unter dem jetzt folgenden Tagesordnungspunkt legt der Gemeinderat den Termin und die Besetzung des Wahlausschusses für die Bürgermeisterwahl Anfang 2014 in St. Leon-Rot fest.

Bei der Bürgermeisterwahl 1998 sprachen die Wählerinnen und Wähler der Gemeinde St. Leon-Rot mir zum ersten Mal das Vertrauen aus. Dieses Vertrauen wurde bei der Bürgermeisterwahl im Jahr 2006 bestätigt. Unsere Gemeinde entwickelt sich nach wie vor sehr dynamisch. In den vergangenen Jahren wurden zusammen mit dem Gemeinderat viele Dinge zum Wohle unserer Gemeinde umgesetzt.

Wir haben uns gemeinsam in vielen Sitzungen des Gemeinderats und seinen Ausschüssen intensiv Gedanken darüber gemacht, wie wir den Interessen und Wünschen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger gerecht werden können. Natürlich gibt es dabei manchmal unterschiedliche Sichtweisen und Meinungen. In der Abwägung der unterschiedlichen Argumente sind Entscheidungen zu treffen, die unsere Gemeinde voranbringen. Ich bin der Meinung, dass uns dies in den vergangenen Jahren sehr gut gelungen ist. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung und die der vergangenen Sitzungen zeigen, dass erst vor kurzem zahlreiche große und wichtige Projekte für St. Leon-Rot auf den Weg gebracht wurden. Das neue Wasserwerk wird nächstes Jahr in Betrieb genommen. Die Wasserversorgungssicherheit soll durch weitere Maßnahmen erhöht werden. Die Ortsdurchfahrt in Rot wird umgestaltet, verkehrsberuhigt und damit auch hoffentlich sicherer. Die Verkehrssituation in St. Leon wird mit unserem Gutachten und abhängig von der Entscheidung des Landes zum Maßnahmeplan des neuen Landesverkehrsentwicklungsplanes unter Einbindung verschiedener aktiver Bürgergruppen und des Gemeinderats weiter geplant. Vor zwei Wochen haben wir mit dem Bau des Kinderbetreuungsgebäudes und der Multifunktionshalle an der Parkringschule begonnen. Das Thema Schulentwicklung wird uns in St. Leon-Rot aufgrund neuer landespolitischer Vorgaben weiter stark beschäftigen. Die genannten Themen sind ein kleiner beispielhafter Ausschnitt dessen, was uns im Gemeinderat und in der Gemeindeverwaltung zurzeit beschäftigt.

Ich bin nach wie vor bei guter Gesundheit, leistungsfähig und die Arbeit als Bürgermeister macht mir Spaß. Deshalb werde ich mich für eine weitere Amtszeit bewerben. Ich würde mich freuen, wenn die im Gemeinderat vertretenen Fraktionen und auch alle weiteren in St. Leon-Rot aktiven Parteien und Gruppen mir Gelegen-

heit zum Gedanken- und Meinungs austausch geben würden. Über Ihre Unterstützung bei der anstehenden Bürgermeisterwahl würde ich mich sehr freuen.

Bedanken will ich mich an dieser Stelle bereits heute bei unseren kompetenten und engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Gemeinverwaltung und den Außenstellen. Sie haben mich tatkräftig unterstützt und ihren Beitrag zum Gelingen vieler Projekte geleistet.

Ich wünsche mit weiterhin eine gute Zusammenarbeit.

Die Bürgerinnen und Bürger bitte ich erneut um ihr Vertrauen für weitere 8 Jahre im Amt des Bürgermeisters. Die Sitzungsleitung für den nun folgenden Tagesordnungspunkt übergebe ich wegen Befangenheit an Frau Bürgermeister stellv. Anneliese Runde.“

**Bürgermeister stellv. Anneliese Runde** übernimmt zum folgenden Tagesordnungspunkt die Sitzungsleitung.

**Sitzung am: Dienstag, 23. Juli 2013 Nr. 7Ö**

**Tagesordnungspunkt: 4**

**Wahl des Bürgermeisters der Gemeinde St. Leon-Rot**

- 1. Festsetzung des Wahltages**
- 2. Besetzung des Gemeinewahlausschusses**
- 3. Stellenausschreibung / Festlegung der Einreichungsfrist**
- 4. Öffentliche Vorstellung der Bewerber**
- 5. Entschädigung der Wahlhelfer**

**Ausführungen und Beschluss:**

Nach einleitenden Worten durch Bürgermeister-Stellvertreterin Anneliese Runde hält **Hauptamtsleiter Helmut Braun** Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

**Gemeinderat Karl Ittensohn** führt aus, dass nach 8 ereignisreichen Jahren wieder unser Bürgermeister zu wählen ist. Da Bürgermeister Dr. Eger wieder kandidiert, sollten die Bürgermeister-Stellvertreter Vorsitz und Stellvertretung übernehmen. Deshalb schlage er als Vorsitzende des Gemeinewahlausschusses Gemeinderätin Anneliese Runde und als stellvertretender Vorsitzender Gemeinderat Rudi Heger vor. Beisitzer sollte Karl-Heinz Steinhauser und dessen Stellvertreter Gemeinderat Tobias Rehorst werden.

Er signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion zu allen Beschlussvorschlägen.

**Gemeinderat Ferdinand Speckert** erklärt für seine Fraktion die Zustimmung zu den Beschlussvorschlägen. Er schlägt als Beisitzer seiner Fraktion Gemeinderätin Birgit Klemenz und Gemeinderat Ferdinand Speckert vor.

Für seine Fraktion stimmt **Gemeinderat Gerhard Haffner** den Beschlussvorschlägen zu. Als Beisitzer benennt er Gemeinderat Roman Heger und als dessen Stellvertreter Gemeinderat Walter Götzmann.

**Gemeinderat Rudi Heger** schlägt als Beisitzer seiner Fraktion Gemeinderat Michael Herling und als dessen Stellvertreter Gemeinderat Roland Hecker vor.

**Gemeinderätin Andrea Heim** trägt die Vorstellungen ihrer Fraktion vor und stimmt den bisherigen Vorschlägen zu. Als Beisitzer seitens ihrer Fraktion sind stellvertretende Hauptamtsleiterin Elke Ott und Frau Anette Reich vorgesehen.

Anschließend wird darauf hingewiesen, dass die Beisitzer nur aus dem Kreis der Wahlberechtigten gewählt werden können, so dass Frau Elke Ott als Nicht-Wahlberechtigte ausscheidet. Für sie wird als Beisitzer Gemeinderätin Beate Rössler vorgeschlagen.

Nachdem Bürgermeister-Stellvertreterin Anneliese Runde den Beschlussvorschlag vorgetragen hat, fragt **Gemeinderat Albert Weinlein**, ob bei der Wahl von Frau Runde zur Vorsitzenden des Gemeinewahlausschusses Befangenheit vorliegt.

Er hält die Auskunft seitens der Verwaltung, dass keine Befangenheit gegeben ist.

**Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:**

**1. Der Wahltag für die Wahl der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters wird auf Sonntag, 02. Februar 2014, festgesetzt.**

**Eine evtl. erforderliche Neuwahl findet am Sonntag, 16. Februar 2014, statt.**

**2. Der Gemeinewahlausschuss wird wie folgt besetzt:**

<b>Vorsitzende</b>	<b>Anneliese Runde</b>
<b>Stv. Vorsitzender</b>	<b>Rudi Heger</b>
<b>1. Beisitzer</b>	<b>Karl-Heinz Steinhauser</b>
<b>Stv. Beisitzer</b>	<b>Tobias Rehorst</b>
<b>2. Beisitzer</b>	<b>Roman Heger</b>
<b>Stv. Beisitzer</b>	<b>Walter Götzmann</b>
<b>3. Beisitzerin</b>	<b>Birgit Klemenz</b>
<b>Stv. Beisitzer</b>	<b>Ferdinand Speckert</b>
<b>4. Beisitzer</b>	<b>Michael Herling</b>
<b>Stv. Beisitzer</b>	<b>Roland Hecker</b>
<b>5. Beisitzer</b>	<b>Beate Rössler</b>
<b>Stv. Beisitzerin</b>	<b>Anette Reich</b>

**3. Die Stelle wird im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg und in der Rhein-Neckar-Zeitung am Freitag, 22. November 2013, ausgeschrieben.**

**Das Ende der Einreichungsfrist für Bewerbungen zur Wahl wird auf Dienstag, 07. Januar 2014, 18 Uhr, festgesetzt.**

**Das Ende der Einreichungsfrist für neue Bewerbungen zur evtl. erforderlichen Neuwahl wird auf Mittwoch, 05. Februar 2014, 18.00 Uhr, festgelegt.**

4. **Über die Durchführung einer öffentlichen Vorstellung für die zur Wahl zugelassenen Bewerber sowie deren Regularien entscheidet der Gemeindevwahlausschuss.**
5. **Die Entschädigung für die ehrenamtliche Tätigkeit der Wahlhelfer bei der Bürgermeisterwahl wird auf 50 € festgesetzt.**

Nachdem der Tagesordnungspunkt abgeschlossen ist, übernimmt Bürgermeister Dr. Eger wieder die Sitzungsleitung.

<b>Sitzung am: Dienstag, 23. Juli 2013 Nr. 7 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 5</b>
Bewerbung der Gemeinde für generationsübergreifende Bewegungs- und Begegnungsanlagen „alla hopp“	

**Ausführungen und Beschluss:**

**Ortsbaumeister Peter Dietz** hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

**Bürgermeister Dr. Eger** informiert, dass insgesamt 18 Kommunen mit einem Gesamtbetrag von 40 Millionen € gefördert werden sollen, was etwas 2 Millionen € pro Anlage bedeutet. In der Bewerbung sollte man verdeutlichen, dass die geplante Anlage in der Nähe der Dietmar-Hopp-Straße liegen wird. Es gehe darum, die Vorstellungen und einen Rahmen für das Projekt auf 5.000 qm Gelände zu setzen. Das Gelände sei auch vom Kosteneinsatz sinnvoll sowie von der Lage zwischen Jugendzentrum und Seniorenheim.

**Gemeinderätin Susanne Pfeleiderer, die Gemeinderäte Gerhard Haffner, Ferdinand Speckert und Michael Herling sowie Gemeinderätin Andrea Heim** signalisieren die Zustimmungen ihrer Fraktionen. Dabei wird auf die bereits in der Gemeinde installierten Geräte für Senioren verwiesen.

**Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:**

**Der Gemeinderat stimmt der Bewerbung für das Projekt „alla hopp“ zu. Der Gemeinderat stimmt der Verwendung der Grundstücke (6659 bis 6662) für das „alla hopp“ Projekt zu.**

<b>Sitzung am: Dienstag, 23. Juli 2013 Nr. 7 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 6</b>
<b>Zuschussantrag der Musikvereine St. Leon und Rot / Musikkapelle St. Leon-Rot - 332.1 – Möblierung der neuen Räume im Untergeschoss der Sporthalle St. Leon</b>	

**Ausführungen und Beschluss:**

Die Gemeinderäte Roland Hecker und Rudi Heger sind befangen; sie nehmen während der Beratung und Beschlussfassung im Zuhörerraum Platz.

**Bürgermeister Dr. Eger** hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage und erklärt, dass sich die Nutzung der neuen Räume im Untergeschoss der Mönchsberg-Sporthalle dynamisch entwickle, woraus man auf deren Attraktivität schließen könne. Wegen der Ausstattung wurde der frühere Antrag der Musikkapelle aufgegliedert in die Möblierung der neuen Räume der Musikvereine bzw. für die Ausstattung mit Tischen für die unterschiedlichen Nutzungen. Er stellt die Aufgliederung anhand des günstigsten Angebotes Nr. 116323 mit den Positionen für die Tische und Transportwagen dar. Der Aufwand dafür wurde von dem Gesamtbetrag abgezogen und in der Vorlage zu Tagesordnungspunkt 7 verwendet. Er führt die Erläuterungen zu beiden Tagesordnungspunkten aus.

Er erwähnt, dass für die Mehrfachnutzung wohl auch eine Bühne und ein Vorhang notwendig werden. Diese Nutzungsmöglichkeiten fänden jedoch ihre Grenzen, wenn sie die beiden Musikvereine einschränken.

**Gemeinderat Karl Ittensohn** spricht die gerundeten Zahlen an und bittet wegen Differenzen diese richtig zu stellen. Wegen der Übernahme der Kosten bei Tagesordnungspunkt 7 fragt er, ob es Regularien im Zusammenhang mit der Mehrfachnutzung von Räumen gebe. Wegen aus seiner Sicht negativen Erfahrungen bei der Beschaffung der Stühle für den Bereich wünsche er, dass über das Ergebnis der Ausschreibung der Tische vor der Vergabe durch E-Mail an die Fraktionsvorsitzenden mitgeteilt werde. Abschließend signalisiert er die Zustimmung seiner Fraktion.

**Bürgermeister Dr. Eger** erklärt, dass bei den Stühlen seiner Erinnerung nach echter Wettbewerb bestanden habe. Man könne den vorgetragenen Wunsch zur Information gerne erfüllen.

Zum Thema Mehrfachnutzung sei darauf hinzuweisen, dass die Vereine zwar keine Miete für die Räume aber Nebenkosten zu entrichten haben. Deshalb sei es nachzuvollziehen, dass sie von den anderen Nutzern einen Kostenanteil erhalten sollen, der allerdings mit der Gemeindeverwaltung abzustimmen wäre. Es sei auch nachzuvollziehen, dass ein Entgelt für vom Verein beschaffte und nicht bezuschusste Einrichtungen erhoben werde.

**Gemeinderat Gerhard Haffner** äußert die Zustimmung seiner Fraktion zu den Tagesordnungspunkten 6 und 7.

Auch die **Gemeinderäte Dr. Paul Hanke, Michael Herling und Andrea Heim** erklären, dass ihre Fraktionen den beiden Tagesordnungspunkten 6 und 7 zustimmen werden. Es wird als notwendig angesehen, Mehrfachnutzungen durchzuführen und dafür entsprechende Kostenanteile zu erheben.

**Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:**

Die Musikvereine St. Leon und Rot erhalten für die Beschaffung der Möblierung der neuen Räume im Untergeschoss der Sporthalle St. Leon mit einem Gesamtaufwand von 8.870,50 € gemäß den Förderrichtlinien der Gemeinde St. Leon-Rot einen Zuschuss von 33 %, maximal 2.945,83 €.

Der Zuschuss kann frühestens 2014 ausbezahlt werden.

Der Zuschussbetrag ist im Haushalt 2014 zu veranschlagen.

Sitzung am: Dienstag, 23. Juli 2013 Nr. 7 Ö	Tagesordnungspunkt: 7
Umbau Untergeschoss Mönchsberg-Sporthalle; Ausstattung mit Tischen	

**Ausführungen und Beschluss:**

Sachvortrag siehe Tagesordnungspunkt 6.

**Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:**

Für die Ausstattung der neuen Räume im Untergeschoss der Sporthalle St. Leon werden 50 Tische und entsprechende Transportwagen beschafft. Es wird eine beschränkte Ausschreibung durchgeführt. Die Ausführung der Tische orientiert sich an der vorliegenden Beschreibung der Musikkapelle. Die notwendigen Haushaltsmittel in Höhe von zirka 16.000 E (brutto) werden überplanmäßig bereitgestellt.

Die Vergabe erfolgt nach Information des Gemeinderates über das Ausschreibungsergebnis.

Sitzung am: Dienstag, 23. Juli 2013 Nr. 7 Ö	Tagesordnungspunkt: 8
Zuschussantrag FC Rot; Sanierung Sanitärräume und Zaunanlage Rasen-Kleinspielfeld	

**Ausführungen und Beschluss:**

Hauptamtsleiter Helmut Braun hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Die Gemeinderäte Siegfried Köck, Roman Heger, Gemeinderätin Birgit Klemenz, Gemeinderat Rudi Heger und Gemeinderätin Andrea Heim begrüßen die Maßnahmen des Vereins, der nach 30 Jahren die Sanitärräume saniert. Sie signalisieren jeweils die Zustimmung ihrer Fraktionen zu dem Beschlussvorschlag.

**Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:**

Die Gemeinde unterstützt folgende Maßnahmen des FC Rot im Rahmen der Vereinsförderung

1. Sanierung der Umkleide-, Dusch- und Sanitärräume mit Aufwendungen von 29.326,79 € mit einem Zuschuss von 33 %, max. 9.700 €
2. Einzäunung des Rasen-Kleinfeldplatzes mit Aufwendungen von 8.899,06 € mit einem Zuschuss von 33 %, max. 3.000 €.

Der insgesamt erforderliche Zuschussbetrag von 12.700 € ist im Haushalt 2014 zu veranschlagen.

Dem vorzeitigen Beginn der Maßnahmen wird zugestimmt.

Sitzung am: Dienstag, 23. Juli 2013 Nr. 7 Ö	Tagesordnungspunkt: 9
FortSchrift St. Leon-Rot e.V. Aufnahme in die Vereinsförderung und Änderung des bestehenden Erbbau-Vertrages (Flurstück-Nr. 4823/4, Jugendförderzentrum St. Leon-Rot/VfB St. Leon)	
	- 552.45 -

**Ausführungen und Beschluss:**

Bürgermeister Dr. Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Gemeinderat Tobias Rehorst weist in seiner Stellungnahme für die Fraktion der Freien Wähler darauf hin, dass in den vergangenen Jahren viele Projekte für behinderte Menschen durch die Gemeinde unterstützt werden. Er nennt das Nussbaum-Kinderhaus, den Verein „Smile“ und die Johannes-Diakonie als Beispiele. Hinzu käme jetzt der Verein „FortSchrift St. Leon-Rot e.V.“, der schon Jahre in der Gemeinde tätig war. Seine Fraktion sehe beim Beschlussvorschlag die Gefahr, dass die Förderrichtlinien aufgeweicht werden, was man vermeiden wolle. Deshalb schlage seine Fraktion vor, dass die Förderung jenseits der Förderrichtlinien erfolgen und die Übernahme der Erbbauzinsen durch die Gemeinde eine freiwillige Leistung darstellen soll. In die reguläre Förderung kann der Verein nach den Förderrichtlinien auf Anfrage aufgenommen werden. Damit der Verein die vorgeschlagene Förderung erhalten kann, hat er eine Gemeinnützigkeitsbescheinigung vorzulegen. Dem Beschlussvorschlag 2, einen Vertrag mit dem Verein zu schließen, stimme seine Fraktion zu. Man wünsche dem Verein weiterhin gute Arbeit und begrüße ihn im St. Leon-Roter Vereinsleben. Abschließend schlägt er vor, dass die Inhaberin der Stelle „Alter, Zukunft und Soziales“ sich dafür einsetzt, den Kommunikationsaustausch zwischen den angesprochenen Vereinen und Organisationen zu fördern.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, man werde die Anregung an die angesprochene Mitarbeiterin weitergeben und hinsichtlich der Beschlüsse führe die Anregung dazu, nicht über den Beschlusspunkt 1 zu entscheiden. Daraus resultiere, dass der Beschlusspunkt 2 wie folgt zu ergänzen ist:

Der Änderung des bestehenden Erbbau-Vertrages und der kostenlosen Nutzung über das Grundstück Flurstück-Nr. 4823/4 wird grundsätzlich zugestimmt. Die Modalitäten sind mit den beteiligten Vereinen VfB St. Leon und FortSchrift St. Leon-Rot e.V. unter Einbeziehung eines Notars zu klären und festzuschreiben.

Der Verein FortSchrift St. Leon-Rot hat noch einen Gemeinnützigkeitsnachweis vorzulegen.

Gemeinderat Roman Heger **stellt den Zweck des Vereins dar und erklärt, dass sich der Verein an örtlichen Veranstaltungen beteilige. Er erklärt, dass er auch im Namen von Vorstand Lawinger spreche und der VfB voll hinter der Maßnahme stehe. Er signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion.**

**Für ihre Fraktion begrüßt Gemeinderätin Birgit Klemenz den Verein in St. Leon-Rot und betont, dass wertvolle Arbeit mit den behinderten Kindern erfolgt. Sie erklärt für ihre Fraktion die Zustimmung zur Verwaltungsvorlage.**

Gemeinderat Rudi Heger **stimmt im Namen seiner Fraktion den Beschlussvorschlägen zu.**

Gemeinderätin Andrea Heim **signalisiert ebenfalls die Zustimmung ihrer Fraktion zu den Beschlussvorschlägen.**

Bürgermeister Dr. Eger **erklärt, dass es für den Verein kein Problem darstelle, zunächst nicht in die laufende Förderung aufgenommen zu werden, was auch für die Investitionsförderung gelte, dies werde von der Gemeinde nicht erwartet. Auf der Basis werde er den modifizierten Beschlusspunkt 2 zur Abstimmung stellen.**

**Der Redebeitrag von Gemeinderat Albert Weinlein, den Verein in die Förderrichtlinien einzubeziehen und Beschlusspunkt 1 beizubehalten, führt zu einer Diskussion, die Regelbezuschung erst nach Ablauf der in den Förderrichtlinien enthaltenen Frist oder bereits jetzt zuzugestehen.**

Bürgermeister Dr. Eger **weist auf den Sinn der dreijährigen Wartezeit zur Regelförderung hin, in der ein Verein nachzuweisen habe, welche Aktivitäten er für die Bürgerinnen und Bürger erbringe.**

**In der Aussprache wird dargestellt, dass bei Entscheidung über den Beschlusspunkt 1 eine Ausnahme von den Förderrichtlinien erfolge, was nicht gewollt werde. Es werden gegensätzliche Meinungen geäußert, zumal es unstrittig werde, dass der Verein nach Ablauf der Wartefrist in die Förderung aufgenommen wird. In der Aussprache wird weiter deutlich, dass es darum geht, eine Ausnahme von den Förderrichtlinien zu vermeiden und damit keinen Präzedenzfall zu schaffen, der darin gesehen wird, dass bereits jetzt über die Zulassung zur laufenden Förderung oder erst nach 3 Jahren darüber entschieden wird.**

Gemeinderat Siegfried Köck **stellt den Geschäftsordnungsantrag, über den von Gemeinderat Tobias Rehorst vorgetragene Abstimmungsantrag der Freien Wähler zu entscheiden.**

**Bürgermeister Dr. Eger schlägt vor, zunächst über den modifizierten Beschlusspunkt 2 abzustimmen.**

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

2. Der Änderung des bestehenden Erbbau-Vertrages und der kostenlosen Nutzung über das Grundstück Flurstück-Nr. 4823/4 wird grundsätzlich zugestimmt. Die Modalitäten sind mit den beteiligten Vereinen VfB St. Leon und FortSchritt St. Leon-Rot e.V. unter Einbeziehung eines Notars zu klären und festzuschreiben.

Der Verein FortSchritt St. Leon-Rot hat noch einen Gemeinnützigkeitsnachweis vorzulegen.

**Die Aussprache zum Beschlusspunkt 1 wird fortgesetzt.**

Bürgermeister Dr. Eger **erklärt, dass der Verein durch seine Aktivitäten in den letzten Jahren in St. Leon-Rot den Nachweis laut den Förderrichtlinien erbracht habe. Werde dem Beschlusspunkt 1 wie vorgeschlagen zugestimmt, wird der Verein in die Vereinsförderung aufgenommen, erhalte aber laufende sowie Investitionsförderung erst nach Ablauf der 3 Jahre und diese muss vom Gemeinderat entsprechend festgelegt werden.**

**Abschließend sagt Gemeinderat Siegfried Köck, dass seine Fraktion nach der Aussprache auch dem Beschlusspunkt 1 zustimmen kann und bittet darum, die Vorlagen künftig präziser zu fassen. Dem Verein wünscht er bei seiner Arbeit viel Erfolg.**

**Bürgermeister Dr. Eger stellt den Beschlusspunkt 1 zur Abstimmung:**

Der Gemeinderat fasst mit 21 Ja- Stimmen, bei 1 Gegenstimme, folgenden Beschluss:

**Der Verein „FortSchritt St. Leon-Rot e.V.“ wird in die Förderrichtlinien der Gemeinde einbezogen. Die laufende jährliche Vereinsförderung sowie die Förderung von Investitionsmaßnahmen werden erst nach Ablauf der Wartezeit auf Antrag des Vereins gewährt.**

Sitzung am: Dienstag, 23. Juli 2013 Nr. 7 Ö	Tagesordnungspunkt:	10
Parkringschule Rot, Schallminderung im Dachgeschoss		
hier: Auftragsvergabe		

**Ausführungen und Beschluss:**

Bürgermeister Dr. Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

**Die Verwaltung wird ermächtigt, den Auftrag für die Schallminderungsmaßnahmen im Dachgeschoss der Parkringschule Rot an die Firma Lechnauer & Reuther aus Westheim zu vergeben. Die vorläufige Auftragssumme beträgt 52.180,22 €.**

Sitzung am: Dienstag, 23. Juli 2013 Nr. 7 Ö	Tagesordnungspunkt:	11
Elektroversorgung und Erschließungen in der Erholungsanlage		
St. Leoner See		

**Ausführungen und Beschluss:**

Vor den Erläuterungen durch Bürgermeister Dr. Eger stellt **Gemeinderat Karl Ittensohn** den Geschäftsordnungsantrag, den Tagesordnungspunkt zu vertagen, weil seitens der Verwaltung noch keine genaueren Zahlen vorgelegt wurden, wie dies bei der Aussprache in dem Ausschuss Umwelt und Technik gefordert wurde.

**Bürgermeister Dr. Eger** weist auf den knappen Zeitraum seit der Ausschusssitzung und auf die Abwesenheit wegen Urlaub hin.

**Ortsbaumeister Peter Dietz** erklärt auf Nachfrage, dass er die Tiefbauarbeiten hinsichtlich der Preisbildung habe prüfen können, hinsichtlich der Elektroversorgung war eine Prüfung in der kurzen Zeit nicht möglich.

**Gemeinderat Gerhard Haffner** fragt, ob sich die geplante Maßnahme auf die Versorgung des im nächsten Jahr neu zu eröffnenden Neubaus des Restaurants auswirke.

**Betriebsleiter Helmut Braun** berichtet, dass die Straßenbauarbeiten hausintern geprüft werden konnten mit dem Ergebnis, dass die seitens des Ingenieurbüros vorgelegte Kostenschätzung wohl um rund 40 – 50.000 € zu niedrig ist. Er weist darauf hin, dass in der Ausschusssitzung gesagt wurde, die Kapazität des Stromkabels zu prüfen und bedarfsgerecht auszulegen. Das Kabel werde nicht für die Versorgung des neuen Restaurants benötigt, die sichergestellt ist. Das Kabel diene vielmehr dazu, die kommenden Komfort- und Mobilheimplätze komplett zu versorgen. Leider habe es sich bei der Detailplanung gezeigt, dass das bereits verlegte Kabel nicht für die komplette Versorgung dieser genannten Plätze ausreiche. Deshalb habe man überlegt, ein weiteres Kabel zu verlegen, um eine gesunde zukunftssträchtige Infrastruktur zu erreichen. Es werde auf jeden Fall vorher geprüft, dass der Querschnitt des neuen Kabels für die Versorgungssicherung der Plätze ausreichen wird. Damit könne insofern eine Kostensteigerung entstehen, als ein Kabel mit größerem Querschnitt Mehrkosten verursache, die aber im Verhältnis der Gesamtmaßnahme marginal sein werden.

**Gemeinderat Michael Herling** spricht einen Punkt aus der nichtöffentlichen Ausschusssitzung an und fragt, ob dies verwendet werden kann.

**Bürgermeister Dr. Eger** erklärt, dass die Vorlage der Ausschusssitzung auch Vorlage für die Gemeinderatsitzung und damit öffentlich ist.

**Gemeinderat Michael Herling** fragt, ob die Minigolfanlage mit an dieser Leitung angebunden ist.

**Betriebsleiter Helmut Braun** verweist auf die eigene Leitung für diese Anlage, die wohl für den momentan vorhandenen Bedarf ausreicht. Man rechne jedoch damit, dass in Zukunft der Fall eintreten könne, dass mehr Strom bezogen werden soll.

**Gemeinderat Michael Herling** legt Wert darauf, dass die Stromversorgung des Pächters auch in Zukunft sichergestellt werden kann. Er erklärt, dass seine Fraktion gegen die Vertagung sei.

**Betriebsleiter Helmut Braun** informiert, dass der Betreiber der Minigolfanlage nach einem Anbau und der Änderung der Betriebstechnik erklärt habe, dass ihm die momentane Leistung ausreicht. Es sei nicht nur für die Komfort- und Mobilheimplätze die zusätzliche Leitung erforderlich, sondern auch für eventuelle künftige Wünsche des Pächters, die man dann erfüllen könne.

**Bürgermeister Dr. Eger** erklärt, dass es Herrn Braun wichtig sei, bei seinem Ausscheiden keine Altlasten zu hinterlassen. Durch sein Ausscheiden werde auch ein Wechsel in der Betriebsleitung erfolgen, so dass man davon ausgehen könne, dass auch eine Überprüfung der Maßnahme durch den neuen Betriebsleiter erfolgen wird.

**Gemeinderat Ferdinand Speckert** fragt, ob noch mit weiteren Erhöhungen der Kosten zu rechnen ist. Er sei gegen die Vertagung, um die Maßnahme auf den Weg bringen zu können, jedoch müsse Klarheit über die dafür entstehenden Kosten bestehen.

**Hauptamtsleiter Helmut Braun** erklärt, dass noch Mehrkosten wegen der Dimension des Kabels entstehen können, die im Verhältnis zur Gesamtmaßnahme aber als marginal bezeichnet werden können.

**Gemeinderat Ferdinand Speckert** wünscht einen Finanzstatus, aus dem man den Anfangsstand der Maßnahme und den Stand des Abschlusses entnehmen könne.

**Betriebsleiter Helmut Braun** weist darauf hin, dass es heute nicht darum gehe, die Maßnahmen konkret auf den Weg zu bringen, sondern vielmehr die Zahlen für die Wirtschaftspläne und den Gemeindehaushalt zu erhalten. Die Umsetzung müsse durch die neue Betriebsleitung erfolgen.

**Gemeinderätin Beate Rössler** betont die Notwendigkeit der Maßnahme und stimmt für ihre Fraktion der Maßnahme zu.

**Bürgermeister Dr. Eger** unterbreitet wegen des Vertagungsantrages den Kompromissvorschlag, die Betriebsleitung zu beauftragen, für die beiden Bauabschnitte der Verkehrserschließung und der Elektroversorgung für die Mobil- und Komfortplätze die Ausschreibungen vorzubereiten. Die notwendigen Mittel sind in den Wirtschaftsplänen 2014 und 2015 bereitzustellen.

Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt mit einem Eigenkapitalzuschuss der Gemeinde.

Die dafür notwendigen Mittel sind in den Haushalten der Gemeinde 2014 (300.000,00 €) und 2015 (120.000,00 €) bereitzustellen.

Er fragt Gemeinderat Karl Ittensohn, ob der Vertagungsantrag darauf basierend zurückgenommen werden könne.

Die Fraktion der Freien Wähler stimmt der Rücknahme des Vertagungsantrages zu.

**Bürgermeister Dr. Eger** stellt den modifizierten Beschlussvorschlag mit dem Hinweis zur Abstimmung, dass der Gemeinderat noch über den Sachstand informiert werde.

**Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:**

Die Betriebsleitung der Erholungsanlage St. Leoner See wird beauftragt, für die beiden Bauabschnitte der Verkehrserschließung und der Elektroversorgung für die Mobil- und Komfortplätze die Ausschreibungen vorzubereiten. Die notwendigen Mittel sind in den Wirtschaftsplänen 2014 und 2015 bereitzustellen.

Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt mit einem Eigenkapitalzuschuss der Gemeinde.

Die dafür notwendigen Mittel sind in den Haushalten der Gemeinde 2014 (300.000,00 €) und 2015 (120.000,00 €) bereitzustellen.

<b>Sitzung am: Dienstag, 23. Juli 2013 Nr. 7 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt:</b>	<b>12</b>
<b>Deckensanierung 2013 – Teil 2 (Pfalzstraße, Parkplatz Sporthalle Rot)</b>		
<b>hier: Auftragsvergabe</b>		

**Ausführungen und Beschluss:**

**Bauamtsleiter Werner Kleiber** hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

**Gemeinderat Theo Vetter** erklärt, dass die Bevölkerung die Straßenbauarbeiten begrüße. Für seine Fraktion sei es notwendig, den Erweiterungsantrag zu stellen, aus dem Hochbord des Gehwegs längs des Friedhofes ein Rundbord zu machen. Dieser Wunsch basiere auf einer Anregung eines Bürgers, wegen Kinderwagen, Rollatoren etc. Hochbordsteine zu vermeiden. Er erinnert an die Ausschusssitzung, in der seine Fraktion schon für den Rundbord plädierte, man habe jedoch wegen der Parksituation ein Hochbord bevorzugt, damit Autofahrer nicht über den Gehweg fahren. Der Hochbord halte Autofahrer nicht davon ab, auf den Gehweg zu fahren. Deshalb stelle seine Fraktion den Erweiterungsantrag, im Bereich der Friedhofsmauer den Hochbord gegen einen Rundbord zu tauschen.

**Bürgermeister Dr. Eger** weist darauf hin, dass eine im Ausschuss bereits geführte Diskussion erneut geführt wird, obwohl damals der Hochbord separat beschlossen wurde. Im April hatte der Ausschuss Umwelt und Technik mit 5 gegen 2 Stimmen beschlossen, den Hochbord und nicht den Rundbord auszuführen. Der genannte Bürger wolle in Kreuzungsbereichen Rundborde und nicht Rundborde durchgängig. Außerdem habe der Bürger angeregt, den Radweg zu den Vereinsanlagen St. Leon mit Pfosten gegen die Straße abzugrenzen, damit dort keine Autos mehr auf den Radweg fahren bzw. bei Veranstaltungen parken. Bei der Pfalzstraße wäre die gleiche Situation gegeben.

**Gemeinderat Gerhard Haffner** hält es nicht für richtig, die Diskussion zum Hochbord bzw. Rundbord nochmals zu führen weil der Ausschuss damals entschieden hat.

**Gemeinderat Rudi Heger** schließt sich den Ausführungen von Gemeinderat Gerhard Haffner an und zeigt sich erfreut, dass die Anregung seiner Fraktion, den Gehweg bis in die Wallgrabenstraße zu führen, berücksichtigt wurde. Er signalisiert die Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

**Gemeinderätin Beate Rössler** sieht ebenfalls keinen Bedarf für eine erneute Diskussion und stimmt dem Beschlussvorschlag zu.

**Bauamtsleiter Werner Kleiber** weist darauf hin, dass es aufgrund der erfolgten Ausschreibung nicht möglich ist, von Hochbord auf Rundbord zu wechseln, weil zum Rundbord kein Preis vorliegt. Außerdem sind die Abstände zwischen den Bietern so knapp, dass eine Änderung dazu führen könne, dass die Ausschreibung wertlos ist. Es ist nicht möglich, bei Vergaben kurzfristige Änderungen vorzunehmen.

**Gemeinderat Walter Götzmann** erinnert, dass der Ausschuss eingeführt wurde, dass im Gemeinderat längere Diskussionen vermieden werden. Die Gemeinderatssitzungen werden immer länger, weil die im Ausschuss bereits diskutierten Themen erneut zu Diskussionen führen. Ihm fehle das Verständnis für diese Situation.

**Bürgermeister Dr. Eger** stellt den Verwaltungsvorschlag zur Abstimmung, weil es sonst zu Problemen beim Preisspiegel führen könne.

**Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:**

Die Verwaltung wird ermächtigt, den Auftrag zur Deckensanierung - Teil 2 - mit einer vorläufigen Auftragssumme von 126.474,95 € an die Firma Schön und Sohn aus Speyer zu vergeben.

**Gemeinderat Ferdinand Speckert** befindet sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

<b>Sitzung am: Dienstag, 23. Juli 2013 Nr. 7 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt:</b>	<b>13</b>
<b>Rathaus, Ratssaal, Erneuerung Medientechnik; hier: Auftragsvergabe</b>		

**Ausführungen und Beschluss:**

**Ortsbaumeister Peter Dietz** hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

**Gemeinderätin Anneliese Runde** erinnert an den Antrag ihrer Fraktion, die Technik im Ratssaal auszutauschen, weil die Redebeiträge von den Zuhörern oft nicht verstanden werden konnten. Weiter gab es Probleme mit Aufzeichnungsmöglichkeiten. Es sei zu hoffen, dass der Austausch die gegebenen Probleme beseitigen und die Aufzeichnungstechnik sicher wird und dass die Aufzeichnungen länger aufzubewahren sind. Sie fragt nach Details und äußert die Zustimmung ihrer Fraktion zum Beschlussvorschlag.

**Ortsbaumeister Peter Dietz** berichtet, dass die Lautsprecher für die Zuhörer ausgetauscht werden, die Anlage werde digitalisiert, die Sitzungen werden auf einem Rechner parallel gespeichert. Für die Zuhörer auf der Empore werde ein Bildschirm angebracht, weiter werde die Leinwand erneuert und an das neue Format angepasst. Die Mikrofone werden bleiben aber auf Digitaltechnik umgestellt.



Der folgende Beitrag von **Gemeinderat Roman Heger** wird gemäß § 31 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates im Wortlaut ins Protokoll aufgenommen:

„Herr Bürgermeister Dr. Eger, meine Damen und Herren. Also dass wir Probleme gehabt haben mit der Anlage ist ja jetzt nicht erst seit dieser Legislaturperiode bekannt, sondern auch schon von der letzten und da haben wir es schon einmal drüber gehabt, da waren die Freien Wähler noch nicht im Gemeinderat oder nicht mehr, da haben wir auch schon drüber gesprochen, wir brauchen eine neue Anlage. Also so ganz neu das Rad erfunden haben die Freien Wähler bezüglich dieser Geschichte mit Sicherheit nicht. Fakt ist das, also wir sind natürlich ganz klar dafür, dass wir auch wieder eine neue Mietanlage bekommen dass alles klappt und dass alles aufgezeichnet wird. Und da haben wir noch eine Verständnisfrage, da wir jetzt bestimmt viel Kabel ziehen müssen oder irgendwie umbauen müssen. Dann würde ich sagen, aufgrund von den heutigen Temperaturen stellt die CDU den Antrag, vielleicht auch noch eine Klimaanlage mit einzubauen. Aber bitte festhalten im Wortprotokoll, dass wir das beantragt haben.“

**Bürgermeister Dr. Eger** erklärt, dass dieser Antrag im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen 2014 zur Diskussion und Entscheidung gestellt wird.

**Ortsbaumeister Peter Dietz** informiert, dass etwas die Hälfte der Kabel entfernt wird und hinsichtlich des Antrags zur Klimaanlage erklärt er, dass dies nichts Neues sei und es wurden die Kosten bereits ermittelt und werden für den neuen Haushalt herangezogen.

**Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:**

**Die Verwaltung wird ermächtigt, den Auftrag für die Erneuerung der Medienanlage im Ratssaal des Rathauses an die Firma Session Music aus Walldorf zu vergeben.**

**Die vorläufige Auftragssumme beträgt 96.053,43 €.**

Sitzung am: Dienstag, 23. Juli 2013 Nr. 7 Ö	Tagesordnungspunkt:	14
Bebauungsplan „Rosenstraße/Tränkgweg, 5. Änderung“:	-	
1. Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes		
2. Annahme des Entwurfes		

### 3. Weiteres Verfahren

**Ausführungen und Beschluss:**

**Bauamtsleiter Werner Kleiber** hält Sachvortrag für die Tagesordnungspunkte 14 und 15.

**Gemeinderat Theo Vetter** erwähnt die Vorberatung im Ausschuss und erklärt, dass seine Fraktion den Punkten 14 und 15 zustimmen werde. Auch weil es die dort unklare Verkehrsführung bereinige. Er fragt, ob es Sinn mache, die dort knapp neben dem Gehsteig befindliche Straßenbeleuchtung auf die andere Straßenseite zu verlegen.

**Bauamtsleiter Werner Kleiber** informiert, dass die Verwaltung bei den Haushaltsberatungen vorschlagen werde, den dafür notwendigen Kostenansatz in den Haushalt 2014 einzustellen.

**Gemeinderat Gerhard Haffner** signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion. Er moniert, dass aus der Bezeichnung des Bebauungsplanes nichts zu ersehen ist, dass es sich um eine Teiländerung handle, damit klar erkenntlich sei, dass keine Befangenheit gegeben ist. Er hoffe, dass bald das Gebiet „Im Schiff“ erschlossen werde und dabei auch die Änderung der Straßenbeleuchtung vorgenommen wird. Es bestehe bei örtlichen Firmen Bedarf für eine Ansiedlung.

**Ortsbaumeister Werner Kleiber** antwortet, dass es in der Systematik der Bebauungspläne immer um Änderungen gegangen sei. Auf den ersten beiden Seiten zu erkennen, dass es um Teilbereiche gehe.

**Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:**

1. Die Aufstellung der 5. Änderung des Bebauungsplanes „Rosenstraße/Tränkgweg“ wird beschlossen. Das Verfahren erhält die Bezeichnung „Rosenstraße/Tränkgweg, 5. Änderung“.
2. Der Entwurfsplan des Planungsbüros Piske, Seckenheimer Hauptstrasse 99, 68239 Mannheim vom Juni 2013 wird angenommen.
3. Die Verwaltung wird mit der Durchführung des weiteren Verfahrens beauftragt, unter anderem mit der ortsüblichen Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses nach § 2 Abs. 1 S. 2 BauGB und der Bekanntmachung nach § 13 a Abs. 3 BauGB, dass der Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung aufgestellt werden soll, sowie der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und der Fachbehörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 und 2 BauGB.

Sitzung am: Dienstag, 23. Juli 2013 Nr. 7 Ö	Tagesordnungspunkt:	15
Örtliche Bauvorschriften zum Bebauungsplan „Rosenstraße/Tränkgweg, 5. Änderung“:		
1. Erlass einer separaten Satzung		
2. Weiteres Verfahren		

**Ausführungen und Beschluss:**

**Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:**

1. Die Überarbeitung der Örtlichen Bauvorschriften zur Bebauungsplanänderung „Rosenstraße/Tränkgweg 5. Änderung“ wird beschlossen.
2. Der Änderungsentwurf vom Juni 2013 wird angenommen.

4. Die Verwaltung wird mit dem weiteren Verfahren beauftragt, unter anderem mit der ortsüblichen Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses nach § 2 Abs. 1 S. 1 BauGB und der Bekanntmachung nach § 13 a Abs. 3 BauGB, dass der Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung aufgestellt werden soll, sowie der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB.

Sitzung am: Dienstag, 23. Juli 2013 Nr. 7 Ö	Tagesordnungspunkt:	16
Feststellung der Jahresabschlüsse 2012 für die Gesellschaften der Gemeinde		
a) Kommunale Wohnungsbaugesellschaft St. Leon-Rot GmbH		
b) Harres Veranstaltungs-GmbH St. Leon-Rot		

#### Ausführungen und Beschluss:

**Bürgermeister Dr. Eger** informiert, dass die Abschlüsse der Gesellschaften in den Aufsichtsräten vorberaten wurden. Er begrüßt die Geschäftsführer der beiden Gesellschaften und bittet Frau Simone Heger, über den Jahresabschluss der Kommunalen Wohnungsbaugesellschaft St. Leon-Rot GmbH zu informieren.

**Geschäftsführerin Simone Heger** erwähnt in ihren Ausführungen zum Jahresabschluss 2012, dass sich das Geschäft der KWG nun auf die Bewirtschaftung der Wohngebäude beschränke. Es sei gelungen, einen kleinen Gewinn von rund 3.300 € zu erwirtschaften. 2012 sei es möglich gewesen, eine Wohnung zu verkaufen. Der Jahresabschluss wurde durch die Gemeindeprüfungsanstalt geprüft und als in Ordnung empfunden.

**Bürgermeister Dr. Eger** begrüßt Herrn Seppelfricke, der für die Gesellschaften beratend tätig ist.

**Gemeinderat Siegfried Köck** spricht die Beschränkung auf die Wohnungswirtschaft an, erwähnt die Tilgung, um die Zinslast zu vermindern, und die Arbeiten für die 96 Wohnungen, die betreut werden. Sanierungen stehen auch im Energiebereich an, wofür Geld benötigt werde. Er bedankt sich für dem bei der Gesellschaft tätigen Team.

**Gemeinderat Albert Weinlein** betont, dass die KWG als 100%ige Tochter der Gemeinde ihrer gesellschaftlichen Aufgaben nachkomme. Die KWG erfülle die Aufgabe, Wohnungen zu günstigen Mietpreisen sozialverträglich zur Verfügung zu stellen.

**Gemeinderätin Birgit Klemenz** erinnert an die Vorberatung und erklärt, dass der kleine Gewinn in der Gesellschaft bleibe.

Für **Gemeinderat Michael Herling** ist es wichtig, dass die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung bestätigt wurde.

Gemeinderat **Reino Stegmüller** stimmt für seine Fraktion dem Beschlussvorschlag zu.

Die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen danken dem Team für die geleistete Arbeit.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

#### a) Kommunale Wohnungsbaugesellschaft St. Leon-Rot GmbH

Der Gesellschafter der Kommunalen Wohnungsbau GmbH, Herr BGM Dr. Eger wird bevollmächtigt, folgende Beschlüsse in einer Gesellschafterversammlung zu fassen und zu dokumentieren:

Der Aufsichtsrat schließt sich dem Bericht der Geschäftsführung zum Jahresabschluss 2012 an und schlägt der Gesellschafterversammlung die Feststellung des Jahresabschlusses 2012 wie folgt vor:

#### 1. Feststellung des Jahresabschlusses 2012

##### 1.1 Bilanzsumme

##### 1.1.1 davon entfallen auf der Aktivseite auf

- das Anlagevermögen	2.538.112,00 €
- die Beteiligungen	5.000,00 €
- das Umlaufvermögen	<u>1.045.752,13 €</u>
<b>Summe Aktiva:</b>	<b>3.588.864,13 €</b>

davon entfallen auf der Passivseite auf:

- das Eigenkapital	917.482,50 €
- Rückstellungen	208.005,22 €
- die Verbindlichkeiten	2.463.376,41 €
<b>Summe Passiva:</b>	<b>3.588.864,13 €</b>

##### 1.2 Jahresgewinn

1.2.1 Summe der Erträge	532.445,29 €
-------------------------	--------------

1.2.2 Summe der Aufwendung	529.103,57 €
----------------------------	--------------

#### 2. Behandlung des Jahresgewinnes

Der Jahresgewinn in Höhe von 3.341,72 € wird auf das neue Wirtschaftsjahr vorgetragen.

#### 3. Der Aufsichtsrat wird entlastet

**Gemeinderätin Susanne Pfeleiderer** befindet sich während der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

**Bürgermeister Dr. Eger** bittet Herrn Helmut Paul, den Jahresabschluss der Harres Veranstaltungs- GmbH St. Leon-Rot zu erläutern.

**Geschäftsführer Helmut Paul** geht auf die geprüften Zahlen ein, die den aus dem Jahre 2011 weitgehend entsprechen. Er erwähnt die einzelnen Positionen der Aufwendungen die insgesamt 1,01 Millionen € betragen haben. Dem stehen Erträge von rund 57.000,00 € gegenüber, sodass sich ein Jahresfehlbetrag von

260.848,00 € ergibt.

**Gemeinderätin Anneliese Runde** verweist auf die Konzeption, innerhalb der der Harres den kulturtragenden und sporttreibenden Vereinen zur Verfügung steht und die Einrichtung für kulturelle Veranstaltungen gedacht ist. Daraus resultiere der Preis, den die politische Gemeinde bezahle. Sie signalisiert die Zustimmung ihrer Fraktion zum vorgelegten Jahresabschluss 2012.

Für **Gemeinderat Gerhard Haffner** sind die vorgelegten Zahlen schlüssig. Erfreulich sei gewesen, dass 24 Veranstaltungen der örtlichen Vereine im Harres stattgefunden haben. Für diesen Zweck sei der Harres auch da.

Auch **Gemeinderat Roland Hecker** verweist auf die Aufgaben des Harres im Bereich der Vereine und der Kultur, die er für die Gemeinde wahrnehme. Daraus resultiere der entstandene Verlust, der von der Gemeinde wegen der Übernahmen der Aufgabe getragen wird. Er signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion zum Jahresabschluss 2012.

**Gemeinderätin Andrea Heim** sieht es wegen der veränderten Bedingung als schwierig an, im Restaurant immer Gewinn zu erzielen. Recht rentabel seien dagegen die Aufnahme der Vereine und die Übernahme der Kulturveranstaltungen für die Gemeinde. Ihre Fraktion könne dem Jahresabschluss 2012 zustimmen.

Die Sprecherinnen bzw. Sprecher der Fraktionen danken der Geschäftsführung und dem Team für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit.

**Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:**

**Der Bürgermeister wird beauftragt, in einer Gesellschafterversammlung folgende Beschlüsse zu fassen und zu dokumentieren:**

**1. Feststellung des Jahresabschlusses:**

**1.1. Bilanzsumme**

**1.1.1. davon entfallen auf der Aktivseite auf**

- das Anlagevermögen	24.432,59 €
- das Umlaufvermögen	493.581,62 €
- Rechnungsabgrenzungsposten	3.304,00 €
<b>Summe Aktiva:</b>	<b>521.318,21 €</b>

**1.1.2. davon entfallen auf der Passivseite auf:**

- das Eigenkapital	426.712,90 €
- Rückstellungen	26.239,29 €
- die Verbindlichkeiten	68.366,02 €
<b>Summe Passiva:</b>	<b>521.318,21 €</b>

**1.2. Jahresgewinn**

**1.2.1. Summe der Erträge** 750.177,39 €

**1.2.2. Summe der Aufwendungen** 1.011.025,50 €

**2. Behandlung des Jahresergebnisses**

**Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 260.848,11 € ist mit der Kapitalrücklage zu verrechnen.**

**3. Der Aufsichtsrat wird entlastet.**

**Bürgermeister Dr. Eger** schließt sich diesem Dank an die Geschäftsführung und das Team des Harres an. Er weist darauf hin, dass derzeit eine Umsatzsteuerprüfung durchgeführt wurde, wodurch es noch zu Belastungen führen könne, die noch im Gemeinderat behandelt werden müssen. Das abschließende Ergebnis liege noch nicht vor.

<b>Sitzung am: Dienstag, 23. Juli 2013 Nr. 7 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 17</b>
<b>Änderung des Gesellschaftsvertrages der Harres Veranstaltungs-GmbH</b>	<b>- 841.06 -</b>

**Ausführungen und Beschluss:**

**Bürgermeister Dr. Eger** informiert, dass im Rahmen der Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt festgestellt wurde, dass die Gesellschaftsverträge der Harres Veranstaltungs-GmbH und der Kommunalen Wohnungsbau GmbH nicht mehr den Vorgaben entsprechen und deshalb angepasst werden müssen. Es handle sich dabei um identische Änderungen des jeweiligen Gesellschaftsvertrages.

Die Änderungen der beiden Gesellschaftsverträge wurden im jeweiligen Aufsichtsrat beraten und die Beschlussfassung empfohlen. Er wolle wegen der sich anschließenden nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung auf detaillierte weitere Vorträge verzichten und bittet um Zustimmung.

**Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:**

**Der Gemeinderat nimmt von der Änderung des Gesellschaftsvertrages Kenntnis und beauftragt den Bürgermeister in einer Gesellschafterversammlung die Neufassung des § 10 des Gesellschaftsvertrages wie folgt zu beschließen und zu dokumentieren:**

**§ 10**

**Rechnungswesen:**

- 1. Die Geschäftsführung stellt so rechtzeitig einen Wirtschaftsplan auf, dass der Aufsichtsrat vor Beginn des Geschäftsjahres seine Zustimmung erteilen kann. Bei der Wirtschaftsführung ist eine 5-jährige Finanzplanung zu Grunde zu legen. Der Wirtschaftsplan umfasst den Finanzplan und den Erfolgsplan. Über die Entwicklung des Geschäftsjahres, insbesondere Überschreitungen des Gesamtbudgets, ist der Aufsichtsrat zu unterrichten. Der Gemeinde ist der Wirt-**

- schaftsplan mit dem Finanzplan zu übersenden.
2. Die Geschäftsführung hat nach Ablauf eines Geschäftsjahres einen Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang) und Lagebericht aufzustellen. Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufzustellen und zu prüfen. Im Rahmen der Abschlussprüfung ist auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung unter Beachtung der Aufgaben gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) zu prüfen. Der Abschlussprüfer ist zu beauftragen, in seinem Bericht die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität der Gesellschaft darzustellen.  
Ausnahmen vom Prüfungserfordernis nach § 103 Abs. 1 Nr. 5 Gemeindeordnung sind zulässig, wenn die obere Rechtsaufsichtsbehörde hiervon Befreiung nach § 103 Abs. 1 letzter Satz der Gemeindeordnung erteilt hat und andere geeignete Prüfungsmaßnahmen gewährleistet sind.
  3. Der Jahresabschluss mit dem Lagebericht und dem Prüfungsbericht des Abschlussprüfers ist nach Beratung mit dem Aufsichtsrat mindestens 14 Tage vor der Gesellschafterversammlung jedem Gesellschafter abschriftlich mitzuteilen.
  4. Der Gemeinde und der für ihre überörtliche Prüfung zuständige Behörde wird das Prüfungsrecht nach § 54 HGrG sowie nach § 114 Abs. 1 Gemeindeordnung eingeräumt.
  5. Der Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses ist zusammen mit dem Jahresergebnis, dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und dem Lagebericht sowie der beschlossenen Verwendung des Jahresüberschusses oder der Behandlung des Jahresfehlbetrages öffentlich bekanntzugeben. Gleichzeitig ist der Jahresabschluss und der Lagebericht an sieben Tagen öffentlich auszulegen. § 105 der Gemeindeordnung findet Anwendung.
  6. Die für die Aufstellung des Gesamtabschluss (§ 95 a GemO) der Gemeinde erforderlichen Unterlagen und Auskünfte, sind der Gemeinde zu dem von ihr bestimmten Zeitpunkt zu übergeben

Sitzung am: Dienstag, 23. Juli 2013 Nr. 7 Ö	Tagesordnungspunkt:	18
Änderung des Gesellschaftsvertrages der Kommunalen Wohnungsbau- gesellschaft St. Leon-Rot GmbH		

#### Ausführungen und Beschluss:

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt von der Änderung des Gesellschaftsvertrages Kenntnis und beauftragt den Bürgermeister in einer Gesellschafterversammlung die Neufassung des § 10 Rechnungswesen des Gesellschaftsvertrages der KWG vom 27.04.1990 i. d. F. vom 20.05.2010 wie folgt zu beschließen und zu dokumentieren (die Ergänzungen sind durch Unterstreichung markiert):

#### § 10

##### Rechnungswesen

1. Die Geschäftsführung erstellt vor Beginn eines jeden Geschäftsjahres einen Wirtschaftsplan als Jahresbudget mit Finanz- und Investitionsplan, dessen Einzelpositionen gegenseitig deckungsfähig sind. Über die Entwicklung des Geschäftsjahres, insbesondere bei Überschreitungen des Gesamtbudgets, ist der Aufsichtsrat zu unterrichten.
2. Der Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang) und der Lagebericht der Gesellschaft sind durch die Geschäftsführung für das vergangene Geschäftsjahr aufzustellen. Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufzustellen und zu prüfen. Im Rahmen der Abschlussprüfung ist auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung unter Beachtung der Aufgaben gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) zu prüfen. Der Abschlussprüfer ist zu beauftragen, in seinem Bericht die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität der Gesellschaft darzustellen.

Ausnahmen vom Prüfungserfordernis nach § 103 Abs. 1 Nr. 5 Gemeindeordnung sind zulässig, wenn die obere Rechtsaufsichtsbehörde hiervon Befreiung nach § 103 Abs. 1 letzter Satz der Gemeindeordnung erteilt hat und andere geeignete Prüfungsmaßnahmen gewährleistet sind.

Der Jahresabschluss ist nach Beratung mit dem Aufsichtsrat mindestens 14 Tage vor der Gesellschafterversammlung jedem Gesellschafter abschriftlich mitzuteilen.

3. Der Gemeinde ist der Jahresabschluss und der Lagebericht zu übersenden. Das Recht zur überörtlichen Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Gesellschaft wird nach Maßgabe des § 114 Abs. 1 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg eingeräumt.
4. Der Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die beschlossene Verwendung des Jahresüberschusses oder die Behandlung des Jahresfehlbetrags sind öffentlich bekannt zu geben unter Anwendung der Bekanntmachungssatzung der Gemeinde St. Leon-Rot. Gleichzeitig ist der Jahresabschluss und der Lagebericht an sieben

Tagen öffentlich auszulegen. § 105 der Gemeindeordnung findet Anwendung.

5. Der Gemeinde ist der Wirtschaftsplan und die Finanzplanung des Unternehmens sowie der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers zu übersenden.
6. Der Gemeinde und der für die überörtliche Prüfung zuständigen Prüfungsbehörde werden die in § 54 Haushaltsgrundsätzegesetz vorgesehenen Befugnisse eingeräumt.
7. Der Gemeinde sind die für die Aufstellung des Gesamtabschlusses (§ 95 a Gemeindeordnung) erforderlichen Unterlagen und Auskünfte zu dem von ihr bestimmten Zeitpunkt zu übergeben.

Sitzung am: Dienstag, 23. Juli 2013 Nr. 7 Ö

Tagesordnungspunkt: 19

Verschiedenes

#### Ausführungen und Beschluss:

**Bürgermeister Dr. Eger** berichtet, dass Anfang des Jahres der Antrag des Angelsportvereins Rot eingegangen ist, ein neues See-Belüftungssystem einzubauen. Es wurde von der Verwaltung geprüft und der eingeschaltete Fachmann kam zu der Einschätzung, dass das vorhandene Belüftungsgerät ausreiche. Allerdings wurde bei der jetzigen Witterung festgestellt, dass die bestehende Anlage an ihre Grenzen kommt und deshalb der Sauerstoffgehalt im See sehr abfällt. Der Hauptamtsleiter werde sich in den nächsten Tagen nochmals intensiver mit dem Thema befassen und es gehe insgesamt um eine Investition von rund 30.000 €, die nach den Vorstellungen des Vereins von der Gemeinde komplett übernommen werden sollen. Deshalb sei die Frage, Vereinskostenzuschuss oder Komplettübernahme. Er wolle darüber informieren, weil es eventuell notwendig wäre, in den Ferien im Ausschuss darüber zu entscheiden, weil die nächste Gemeinderatssitzung erst später stattfindet.

Der gleiche Verein habe die Gemeinde angeschrieben und darum gebeten, dass sich der Gemeinderat nochmals mit der Frage der Bekanntmachung von Vereinsveranstaltungen befasst. Vor Jahren sei die Regelung getroffen worden, dass die Veranstaltungen mit den Einschubschildern an den Ortseingängen angekündigt werden. Da in der vergangenen Woche zwei Vereine ihre Veranstaltungen mit Schildern angekündigt haben, wurden sie von der Gemeindeverwaltung aufgefordert diese zu beseitigen. Als Reaktion sei dieses Schreiben des Vereins bei der Verwaltung eingegangen, nachdem nochmals überprüft werden sollte, solche einzelnen Schilder zusätzlich zuzulassen. Allerdings sei dies eine grundsätzliche Entscheidung, da es alle Vereine betreffe.

Sitzung am: Dienstag, 23. Juli 2013 Nr. 7 Ö

Tagesordnungspunkt: 20

Wünsche und Anfragen

#### Ausführungen und Beschluss:

**Gemeinderätin Anneliese Runde** stellt namens der Fraktion der Freien Wähler den Antrag, dass die Gemeindeverwaltung eine Information zur Neugestaltung der Friedhöfe zentral für beide Friedhöfe oder jeweils in gesonderten Terminen für die einzelnen Friedhöfe veranstaltet. Sie begründet dies mit Informationsbedarf der Bevölkerung, die durch das Aufstellen der Tafeln mit den Plänen in den Friedhöfen nicht ausreichend erfolgte. Da sich die Anfragen bei den einzelnen Gemeinderäten häufen, besteht offensichtlich noch Informationsbedarf, da es sich bei den Friedhöfen um zentrale Orte des Alltages der Erinnerung an Verstorbene und um Orte der Begegnung handle.

Der Antrag ist diesem Protokoll als Anlage beigefügt.

**Laut Bürgermeister Dr. Eger** wurden noch keine Ausschreibungen der Maßnahmen vorgenommen, sondern vielmehr die Informationstafeln wegen des sensiblen Themas aufgestellt. Aufgrund der Reaktionen auf diese Informationen mache es durchaus Sinn, den Antrag aufzugreifen und die notwendigen Informationen weitergehender zu vermitteln.

**Gemeinderat Rudi Heger** informiert, dass Blumenschmuck an den Urnenstelen niedergelegt wird und oft wochenlang nicht weggeräumt wird. Es sollte irgendwo, aber nicht direkt bei den Stelen darauf hingewiesen werden, dass der Blumenschmuck nach einer gewissen Zeit zu entfernen ist.

**Bürgermeister Dr. Eger** sieht auch dieses Thema als sensibel an, weil bei einer Begehung festgestellt wurde, dass die Verwaltung handeln müsse, damit die schriftlich vorgegebene Ordnung eingehalten wird. Als Beispiel können die angeklebten Vasen genannt werden, die im Laufe der Zeit undicht werden, wodurch es zu Verschmutzungen der Stelen komme. Hier werde man sensibel aber konsequent darauf hinweisen müssen, dass die vom Gemeinderat beschlossene Friedhofsordnung einzuhalten ist.

**Gemeinderat Walter Götzmann** spricht die im Bereich der Marktstraße 86 bis 98 eingezeichneten Parkplätze an. Da der Gemeindevollzugsdienst rege sei, sei gefragt worden, ob man im Bereich des Getränkemarktes nicht auch Parkplätze einzeichnen könne. Da es sich um eine klassifizierte Straße handle, sollte geprüft werden, ob dort Parkplätze eingezeichnet werden können.

**Bürgermeister Dr. Eger** spricht die Aktivitäten des Gemeindevollzugsdienstes an, der direkt vor dem Getränkemarkt dafür sorgen soll, dass eine ausreichende Breite für Fußgänger bereitgehalten wird. Dies sei durchgängig erfolgt, so dass auch der Fahrradständer vor dem Markt nach Absprache versetzt wurde. Beim neugestalteten Platz gegenüber bestehe ein absolutes Halteverbot, weil dort oft Fahrzeuge komplett auf dem Gehweg stehen und dadurch der Durchgang stark eingeschränkt wird. Er habe auch Zweifel, dass eine andere Lösung erreicht werden kann, weil dies direkt hinter dem Kreisel und dem Fußgängerüberweg liegt.

Für die Fraktion der Freien Wähler stellt **Gemeinderat Tobias Rehorst** den Antrag, die bestehenden Ruftaxilini im Rahmen der Neuausschreibung der Linienbündel an die bestehenden Bus- und Bahnlinien anzu-

passen. Er begründet dies, dass ein gutes Verkehrsangebot für jede Gemeinde einen Standortvorteil darstellt und dieses speziell in den Abendstunden und an Wochenenden der ÖPNV nur begrenzt ausgebaut ist.

Der Antrag ist diesem Protokoll als Anlage beigefügt.

**Gemeinderat Theo Vetter** stellt für die Fraktion der Freien Wähler den Antrag, das Anfahren der Haltestelle „Hohe-Buch-Ring“ im Zuge der Ausschreibung der Linienbündel im ÖPNV zu überprüfen und dem Gemeinderat Veränderungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Dabei sollen vor allem technische Möglichkeiten geprüft werden, die Andienung der Haltestelle bedarfsorientiert zu regeln. Weiter werde bei der Neuausschreibung besonderen Wert darauf gelegt, die Busse mit Geräusch armen Motor zu betreiben. Als Begründung wird auch auf die im aktuellen Verkehrsgutachten enthaltene besondere Belastung durch den Schwerlastverkehr und durch die Busse des ÖPNV verwiesen. Besonders die Fahrten zum Hohe-Buch-Ring belasten doppelt, weil dort gewendet werde.

Der Antrag der Freien Wähler ist diesem Protokoll als Anlage beigefügt.

**Bürgermeister Dr. Eger** will dem Eindruck entgegenwirken, dass die Taktnachverdichtung durch die Linie 729 für die zusätzliche Belastung ursächlich sei. Dies treffe nicht zu, weil diese Linie den Hohe-Buch-Ring nicht anfähre.

**Gemeinderat Roman Heger** spricht nochmals die Tafeln für Vereinsveranstaltungen an und weist darauf hin, dass in der Gemeinde eine eindeutige Regelung bestehe. Es sei vorgesehen, an den Ortseingängen die Veranstaltungen mit Einschüben anzukündigen. Es seien jeweils die gleichen Vereine, die jährlich die Tafeln aufstellen, was nicht in Ordnung sei. Er bittet Bürgermeister Dr. Eger darum, die Vorsitzenden der Vereine anzusprechen und darauf hinzuweisen dass dies nicht gehe, weil sich auch die Vereine an die Vorgaben zu halten haben. Den betroffenen Vereinsvorsitzenden sollte man auch sagen, dass der Bauhof die Schilder abbauen und dies in Rechnung stellen werde, wenn die Schilder wieder aufgestellt werden.

**Bürgermeister Dr. Eger** erklärt, dass auf diese Hinweise hin der bereits erwähnte Antrag eines Vereines kam, dies generell zu ändern.

**Gemeinderat Roland Hecker** spricht die Umleitung im Bereich der Straße Erlengrund und Siedlungsstraße an, die erhebliche Bedenken auslöse, weil dort zu hohe Geschwindigkeiten auch von Bussen des ÖPNV gefahren werden. Es ist auch schon zum Unfall gekommen. Er fragt, ob diese Umleitung sinnvoll ist und wie lange sie noch besteht. Er habe die Bitte, durch Verkehrsmessungen und einseitig vorhandenen Parkplätzen die Geschwindigkeit zu mindern.

Laut **Bürgermeister Dr. Eger** läuft die Anordnung zum 30.07. dieses Jahres aus und er habe der Firma bereits klar gemacht, dass sie nicht verlängert werde. Die Verwaltung werde es mit Nachdruck verfolgen, sodass die Regelungen eingehalten werden.

**Gemeinderat Rudi Heger** informiert zur Linie 705, die auch die Haltestelle „Hohe-Buch-Ring“ anfährt, diese bediene die Haltestelle aus Richtung Wiesloch nur bei Bedarf.